

„Dies ist in unseren Augen ein Angriff auf die Freiheit“

In einem Positionspapier sprechen sich rund 90 Kommunalpolitiker der Grünen – aktuelle und ehemalige Mandatsträger – sowie der Partei nahestehende Persönlichkeiten gegen linken „identitären Fundamentalismus“ aus. Wir dokumentieren den Text im leicht gekürzten Wortlaut.

Wir, die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner dieses Positionspapiers, verstehen uns als kritisch-fortschrittliche, weltoffene und ökologisch orientierte Menschen. Wir setzen uns für tiefgreifende ökologische und soziale Veränderungen in unserer Gesellschaft ein. Wir wollen diese aber ohne identitären Fundamentalismus!

Wir wollen mit diesem Positionspapier deutlich machen, dass es viele Menschen des „linken, grünen und liberalen Spektrums“ gibt, die große Bedenken gegenüber zentralen Elementen der Diversitäts-Orientierung haben, wie sie jetzt mit den Angriffen auf Wolfgang Thierse eine Zuspitzung gefunden hat. Wir wollen davor warnen, dass oft gut gemeinte Positionen durch Übertreibung ins Falsche kippen und damit die Glaubwürdigkeit der nach wie vor richtigen und wichtigen Grundpositionen beschädigen. Es ist richtig und wichtig, Rassismus und Diskriminierung entschieden entgegenzutreten. Unsere Kritik ist aber, dass die Identitätspolitik umschlägt in Selbstgerechtigkeit, Selbsterhöhung und neue Denkverbote, wie es zurzeit im Namen der „Diversity“ und des Postkolonialismus geschieht. Dieses ist in unseren Augen ein Angriff auf die Freiheit.

Wir wollen darauf aufmerksam machen, dass der identitäre Fundamentalismus rechte, rassistische und reaktionäre Tendenzen nur scheinbar bekämpft, sie tatsächlich jedoch erst recht befeuert und am Ende auf den gleichen Denkmustern beruht. Die Tatsache, dass sich junge Rechtsextremisten in ganz Europa als Identitäre bezeichnen, ist kein Zufall. Wir wollen uns für die Freiheit von Wissenschaft, Lehre, Kunst und für eine Kultur des offenen Dialogs einsetzen, in dem auf faire Weise unterschiedliche Meinun-

Identitätspolitik schlägt zunehmend in Denkverbote um. Damit pervertieren wir Grüne unsere eigenen Anliegen ins Gegenteil. Von Peter Brandt, Hans Christoph Buch, Uschi Eid, Walter Otte, Boris Palmer, Eva Quistorp, Peter Schneider und anderen

gen, auf der Grundlage unterschiedlicher (Er-)Kenntnisse, repressionsfrei geäußert und ausgetauscht werden können – den respektvollen Umgang aller vorausgesetzt.

Viele von uns haben offensiv Partei ergriffen gegen etablierte Funktionsträger mit zum Teil schlimmer Nazi-Vergangenheit. Wir haben uns gegen europäischen Überlegenheitsdünkel und das rassistische Apartheidsystem in Südafrika gewandt, gegen die Diskriminierung und Kriminalisierung von Schwulen, und auch die Männer unter uns haben sich für die Überwindung patriarchaler Strukturen eingesetzt, die nicht nur Frauen, sondern in zweiter Linie auch Männer durch Erwartungshaltungen und Rollenzuschreibungen unterdrücken. Wir wenden uns gerade nicht gegen minderheitengerechte, emanzipatorische, postkolonialistische Grundansätze, sondern ihre Perversion ins Gegenteil!

Das geschieht, wenn den Ländern in Afrika und Asien die Fähigkeit abgesprochen wird, aus eigener Kraft ihre Situation zu verbessern, und – statt des richtigen Hinweises auf europäische (Mit-)Verantwortung – den weißen Bevölkerungen beziehungsweise den europäischen Staaten die Alleinschuld an den Missständen zugewiesen wird. Dies führt gerade nicht zu einem

gleichberechtigten Miteinander, in dem auf Augenhöhe an der Verbesserung der Situation gearbeitet wird, sondern hält diese Länder in einer Opferrolle und ignoriert zudem die Entwicklungssprünge in einigen dieser außereuropäischen Gesellschaften.

Es geschieht, wenn hieraus jede Form von Immigration – unabhängig von den Gründen – gleichgesetzt wird und legitime Forderungen an Migranten und Migrantinnen als Fortsetzung weißer Herrschaft diffamiert werden. Es geschieht, wenn Sprach- und Artikulationsvorschriften eingeführt werden sollen, die sich vor allem auf Spaltung und Unterordnung anstatt auf Diskurs stützen. Damit findet das Gegenteil von dem statt, wofür von den fortschrittlichen Bewegungen seit Jahrzehnten gekämpft wurde – nämlich für den aufrechten Gang emanzipierter Menschen. Solche Konstruktionen lehnen wir ab!

Unserer Auffassung nach lassen sich Benachteiligung, Diskriminierung und Ausgrenzung nicht durch rituelle Aufwertungsbekundungen, Sprachvorschriften und Sonderrechte überwinden. Auch Quoten sind nur als Übergangsinstrument zum Aufbrechen besonders verkrusteter Strukturen akzeptabel. Welche Herkunft, Hautfarbe, private Religion, sexuelle Orientierung oder welches Geschlecht jemand hat, darf keine Bedeutung für den Anspruch auf Respekt als Mensch und Anerkennung als Staatsbürgerin und Staatsbürger haben. Auf der anderen Seite hat jeder Mensch mit diesem Anspruch auch die Verpflichtung, sich nach dem Gegenseitigkeitsprinzip so zu verhalten, wie er oder sie es von anderen verlangt – ohne dabei Ausnahmen aufgrund von Diversität verlangen zu können.

Durchsetzungsfähig ist ein gesamtgesellschaftlicher Konsens, dass jede Person nach ihrem Verhalten, dem Bemühen um Mitmenschlichkeit und Rücksicht wertgeschätzt wird. Ein solcher Maßstab ermutigt gerade im Zweifelsfall zu sozialem Verhalten. Die Kultivierung eines Opferstatus jedoch führt zum genauen Gegenteil.

Die extreme Polarisierung in den USA und das Ausmaß rechtspopulistischer Wahlerfolge in Europa – weit über die alten rechtsextremen Spek-

tren hinaus – zeigen die Gefährlichkeit der Situation. Wer in ihr von linker Seite noch zusätzlich die kulturelle Polarisierung anheizt, übernimmt Mitverantwortung und mögliche Mitschuld am Zustandekommen auch unbeabsichtigter Wirkungen eigenen Handelns.

Bei menschenfeindlichen Aussagen – von wem auch immer – halten wir deutlichen Widerspruch nicht nur für berechtigt, sondern sogar für verpflichtend. Diese Verpflichtung zur Verurteilung von konkreten Grenzüberschreitungen ist aber kein Freibrief zu Selbstgerechtigkeit und zum unfairen Umgang mit Menschen, die abweichende Ansichten oder kritische Fragen haben, die nicht ins eigene Konzept passen. Im Gegenteil: Es gibt unserer Ansicht nach eine Verpflichtung zur fairen Auseinandersetzung, wenn sich das Gegenüber diskursiv verhält.

Mit Freunden gemeinsame Überzeugungen auszutauschen, ist keine Kunst! Schwierig hingegen ist die Fähigkeit zur fairen Debatte über kontroverse Themen und mit Menschen, die einem nicht liegen! Dies ist aber eine Kernkompetenz freiheitlicher Gesellschaften. Sie wird umso wichtiger, je mehr sich die Gesellschaft polarisiert.

Die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner laden zum Diskurs ein. Wir rufen dazu auf, in den jeweiligen linken, grünen und liberalen Zusammenhängen die faire Diskussion zu suchen, genauso wie mit diskussionsbereiten Menschen aus dem konservativen Spektrum. Dabei beinhaltet die Unterzeichnung dieses Positionspapiers die Selbstverpflichtung, sich um Fairness zu bemühen. Sowohl in der Diskussion unter uns als auch mit anderen.

Wir treten ein für eine offene und solidarische Gesellschaft, die sich entsprechend der Deklaration der universalen Menschenrechte von dem Gedanken leiten lässt, dass alle Menschen frei und gleich an Rechten geboren sind. Wir treten ein für eine Gesellschaft, die allen Menschen die gleichen Chancen auf Entwicklung und Entfaltung ihrer individuellen Persönlichkeiten einräumt. Bestrebungen, Menschen nach ihrer Herkunft oder sexuellen Identität in Gruppen aufzuteilen, sie je nach Gruppenzugehörigkeit zu behandeln, lehnen wir entschieden ab.